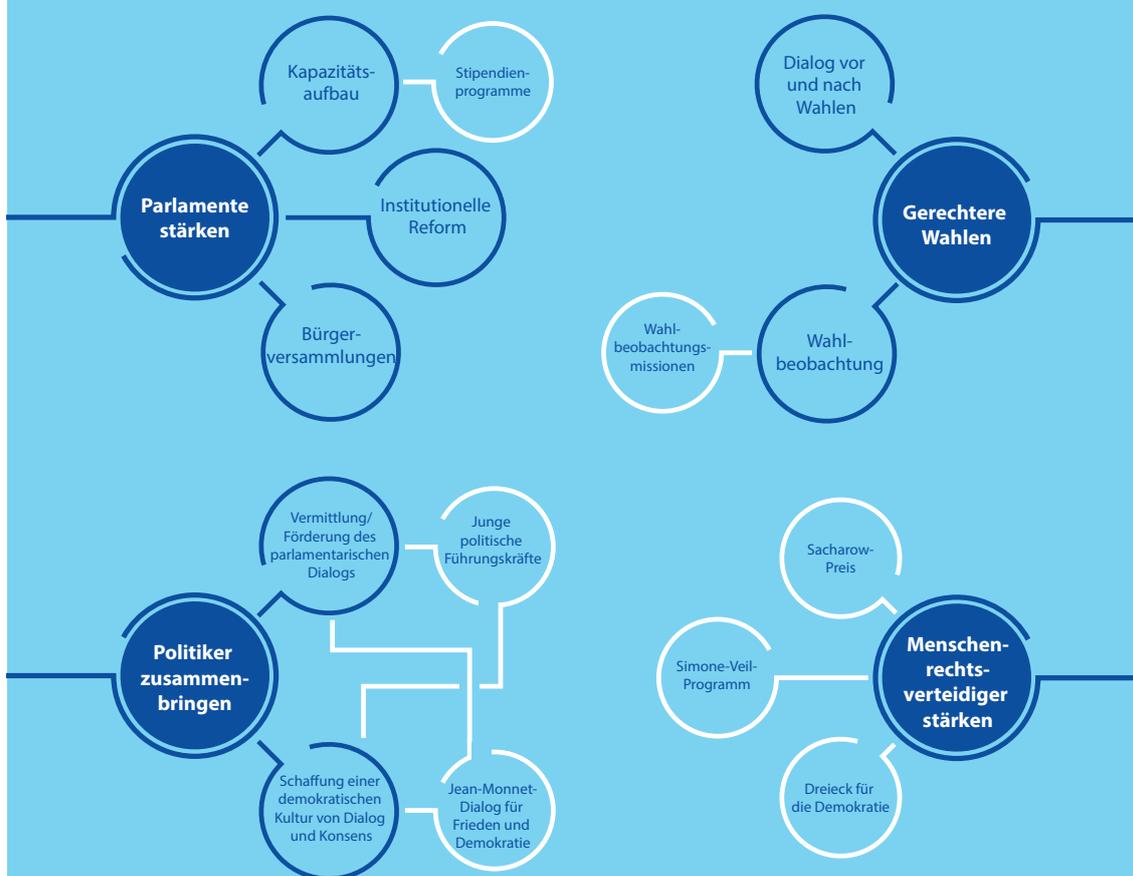


2024 – 2029

DEMOKRATIEFÖRDERUNG WELTWEIT



Wie tragen wir zur Demokratie in der Welt bei?



Demokratieförderung weltweit

Einleitung

Demokratie ist ein Grundwert der Europäischen Union (EU). Das Europäische Parlament (EP) unterstützt die Bemühungen der Europäischen Union, ihre Werte Demokratie, Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu fördern.

Dieser Verpflichtung kommt das Europäische Parlament nicht nur in der EU nach, wo es die Rechte aller Menschen schützt, sondern auch weltweit, wo es sich zu einem äußerst wichtigen Verfechter der Demokratie entwickelt hat. Dies steht im Einklang mit dem in den Verträgen verankerten Mandat der EU, die Demokratie weltweit voranzubringen.

In dieser Broschüre werden die Aktivitäten des Europäischen Parlaments zur Förderung der Demokratie über die Grenzen der EU hinaus dargestellt und auch Ihre Rolle hervorgehoben, die Sie als Mitglied des Europäischen Parlaments in diesem Zusammenhang spielen können.

Eine Gruppe für Maßnahmen zur Demokratieförderung

Das Europäische Parlament koordiniert seine weltweiten Aktivitäten zur Demokratieförderung über die Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen. Die Koordinierungsgruppe bietet politische Handlungsempfehlungen und Aufsicht in den folgenden Bereichen:

- Wahlbeobachtung und Folgemaßnahmen nach Wahlen,
- Unterstützung von Partnerparlamenten,
- Menschenrechte, einschließlich Tätigkeiten der Gemeinschaft des Sacharow-Preises und
- Unterstützung für Mediation und Dialog.

Die Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen setzt sich aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) zusammen, die von den Fraktionen ernannt werden. Sie wird von den Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Entwicklungsausschusses gemeinsam geleitet, so dass die Koordination zwischen den wichtigsten außenpolitischen Gremien des Parlaments sichergestellt ist. Dazu gehören auch der Vorsitz der Konferenz der Delegationsvorsitze, der Vorsitz des Unterausschusses Menschenrechte und die für Menschenrechte und Demokratie zuständigen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten des Parlaments.

Die Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen tritt regelmäßig zusammen, um sich einen Überblick über die Tätigkeiten des Europäischen Parlaments zur Demokratieförderung zu verschaffen, deren Umsetzung zu erörtern und strategische Entscheidungen zu treffen (z. B. über die

etwaige Entsendung einer parlamentarischen Wahlbeobachtungsdelegation in ein Land oder über die Eröffnung eines Mediationsverfahrens mit einem Partnerparlament). Ihre Tätigkeiten unterliegen den von der Konferenz der Präsidenten angenommenen einschlägigen [Durchführungsbestimmungen](#).

Zu Beginn jeder Wahlperiode ermittelt die Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen die für ihr Arbeitsprogramm vorrangigen Länder, wobei der Schwerpunkt in erster Linie auf den EU-Kandidatenländern liegt. Weitere Länder können auf der Grundlage politischer Prioritäten einbezogen werden. Diese werden jährlich überprüft und können bei Bedarf mittelfristig angepasst werden.

Für jedes vorrangige Land bzw. jede vorrangige Region werden MdEP (bei denen es sich nicht zwingend um Mitglieder der Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen handeln muss) aus verschiedenen Fraktionen zu „federführenden Mitgliedern“ ernannt. Sie leiten die Tätigkeiten der Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen in dem betreffenden Land bzw. der betreffenden Region, vertreten die Koordinierungsgruppe gegenüber ihren Partnern und erstatten ihr Bericht.

In diesen Ländern und Regionen leistet das Europäische Parlament umfassende Demokratieförderung für gewählte Vertreterinnen und Vertreter, Beamtinnen und Beamte, politische Parteien, Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger, unabhängige Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft. Dies geschieht im Rahmen eines „umfassenden Ansatzes zur Demokratieförderung“, mit dem koordinierte Tätigkeiten sichergestellt werden, die auf die jeweiligen Wahlzyklen und die politischen Ziele des Europäischen Parlaments und der EU abgestimmt sind.

Wahlen

Das Europäische Parlament beteiligt sich aktiv an der internationalen Wahlbeobachtung und ist ein angesehenes Mitglied der internationalen Wahlbeobachtungsgemeinschaft.

Wahlen sind Teil eines größeren Zyklus. Das Parlament unterstützt daher den gesamten Wahlzyklus, angefangen vom Vorwahlzeitraum bis hin zu der Zeit nach der Wahl.





► EINE WAHLBEOBACHTUNGSMISSION IN GUATEMALA, 2023

WAHLBEOBACHTUNG

Die Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen hat gegenüber dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidenten der Kommission bzw. der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission (HR/VP) offiziell eine beratende Funktion bei der Auswahl der vorrangigen Länder für langfristige EU-Wahlbeobachtungsmissionen und bei der Ernennung der leitenden Beobachterinnen und Beobachter für diese Missionen.

Jede Wahlbeobachtungsmission der EU wird von einem MdEP geleitet, das vom HR/VP bzw. der HR/VP zum leitenden Beobachter bzw. zur leitenden Beobachterin ernannt wurde. Diese Missionen werden nur auf Einladung der Regierungsstellen des jeweiligen Landes entsandt.

Das Europäische Parlament entsendet jährlich zehn bis zwölf kurzfristig eingesetzte Wahlbeobachtungsdelegationen in Länder außerhalb der EU und stärkt damit die laufenden langfristigen Missionen in dem jeweiligen Land. Die Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen organisiert für alle MdEP mindestens zweimal pro Mandatszeitraum Informationsveranstaltungen über die internationale Wahlbeobachtung.

Bei den langfristigen Missionen, an denen MdEP beteiligt sind, handelt es sich entweder

- um Wahlbeobachtungsmissionen der Europäischen Union (EU EOM) in Ländern Afrikas, Amerikas oder Asiens und in [Ländern](#), die keine Mitglieder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sind,

oder

- um internationale Wahlbeobachtungsmissionen (IEOM), die unter der Leitung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) in Ländern durchgeführt werden, die Mitglieder der OSZE sind, mit Ausnahme von EU-Mitgliedstaaten. In diesem Fall werden die Kräfte der Delegation des Europäischen Parlaments und die der Delegationen parlamentarischer oder regionaler Organisationen, etwa der OSZE, des Europarats oder der NATO, gebündelt.

Durch die Teilnahme von MdEP wird diesen Missionen politisches Gewicht verliehen, und sie bereichern mit ihrer Erfahrung als gewählte Vertreter die Bewertung der lokalen Wahlprozesse.

PARLAMENTARISCHER WAHLDIALOG

Das Europäische Parlament beteiligt sich auch an parlamentarischen Wahldialogen, die Rundtischgespräche mit MdEP, wichtigen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und führenden Politikerinnen und Politikern aus den Partnerländern umfassen.

Weitere Akteure – beispielsweise Mitglieder der lokalen Wahlkommission, Sicherheitskräfte, führende Religionsvertreterinnen und -vertreter oder junge politische Führungskräfte – werden ebenfalls zur Teilnahme eingeladen, wenn sie einen Beitrag zu den Gesprächen leisten können.

Im Vorfeld der jeweiligen Wahl geht es bei diesen Dialogen schwerpunktmäßig um Themen rund um die Vorbereitung der anstehenden Wahl und insbesondere um Bedenken jeglicher Art, dass eine etwaig angespannte Atmosphäre vor der Wahl in Gewalt ausarten könnte. Zu den im Rahmen dieser Dialoge besprochenen Themen gehören Hetze, Verhaltenskodizes für politische Parteien und die Bedeutung der Anerkennung von Wahlergebnissen, manipulierte Wahlbeobachtungen oder Einflussnahme aus dem Ausland auf den Wahlprozess.

Nach der Wahl geht es bei den Dialogen insbesondere darum, die Empfehlungen der Wahlbeobachtungsmission umzusetzen. Da für viele Empfehlungen Gesetzesänderungen erforderlich sind, kommt den Parlamenten der jeweiligen Länder in der Nachbereitungsphase eine wichtige Rolle zu.



► STUDIENBESUCH VON MITGLIEDERN DES UKRAINISCHEN PARLAMENTS (WERCHOWNA RADA)

Unterstützung von Parlamenten

Das Europäische Parlament unterstützt nationale Parlamente und Regionalparlamente außerhalb der EU, um ihre institutionellen Kapazitäten durch einen „umfassenden Ansatz zur Demokratieförderung“ zu stärken.

Das Europäische Parlament richtet einen Dialog mit diesen gesetzgebenden Organen ein, tauscht sich über bewährte Verfahren aus und unterstützt deren Beteiligung als vollwertige Mitglieder der demokratischen Gemeinschaft. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments spielen bei diesem Austausch eine Schlüsselrolle.

Das Ziel besteht darin, dafür zu sorgen, dass bei den maßgeschneiderten Unterstützungsprogrammen für Parlamentsabgeordnete und Beamtinnen und Beamte gemeinsam Verantwortung übernommen wird. Der Schwerpunkt liegt in der Regel auf spezifischen Themen, die von dem jeweiligen Partnerparlament und dem EP vereinbart wurden. Umgesetzt wird dies durch

- Konferenzen, Seminare und Workshops zu spezifischen Themen, die es den MdEP und den Mitgliedern der nationalen Parlamente in der EU ermöglichen, bewährte Verfahren für Mitglieder des betreffenden Parlaments aufzuzeigen,
- Studienbesuche, bei denen sich Mitglieder und Bedienstete des betreffenden Parlaments mit der Arbeit des Europäischen Parlaments vertraut machen und wichtige MdEP treffen können,
- an Bedienstete von Mitgliedern der Partnerparlamente gerichtete Stipendienprogramme, die dem Kapazitätsaufbau in ihrer jeweiligen Institution dienen sollen.

Diese Aktivitäten können im Europäischen Parlament, in dem vorrangigen Land bzw. der vorrangigen Region oder in den EU-Mitgliedstaaten organisiert werden.

Im Allgemeinen werden durch die Unterstützungsprogramme die Kernfunktionen von Parlamenten gestärkt, nämlich

- die Wähler zu vertreten und die Bürger einzubeziehen,
- Gesetze zu erlassen,
- die Regierung zu kontrollieren und
- die Arbeit und das Fachwissen der Parlamentsverwaltung zu stärken.

Darüber hinaus gibt es zusätzliche Programme, die sich spezifischeren Themen widmen, etwa der Stärkung der Rolle von Parlamentarierinnen und dem Vorgehen gegen Fehlinformationen.



► STUDIENBESUCH VON
MITGLIEDERN DES PARLAMENTS
VON BOSNIEN UND HERZEGOWINA



► VERSAMMLUNG VOR EINER REPLIK DER GEFÄNGNISZELLE VON ALEXEI NAWALNY

Menschenrechte

Die Menschenrechte sind, wie in den Verträgen verankert, ein Eckpfeiler der Außenpolitik der EU. Im Rahmen der Tätigkeiten der Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen im Bereich der Menschenrechte tragen die Mitglieder zum Ruf des Parlaments als engagierter Verfechter der Menschenrechte bei. Diesen Ruf hat das Parlament der Arbeit seiner Ausschüsse, seinen regelmäßigen Dringlichkeitsentscheidungen zu Menschenrechtsfragen und der Arbeit im Zusammenhang mit dem Sacharow-Preis zu verdanken.

Die Mitglieder tragen dazu bei, Akteuren des demokratischen Wandels wie Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern und der Zivilgesellschaft zu mehr Handlungsfähigkeit zu verhelfen und unabhängige Medien und Parlamentsmitglieder, insbesondere weibliche Mitglieder, als treibende Kräfte für die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu stärken.

Darüber hinaus überwachen die Mitglieder die Tätigkeiten, mit denen die Menschenrechtsagenda des EP gefördert und der Menschenrechtsarbeit des Parlaments mehr Sichtbarkeit verschafft wird. Gemeinsam mit den Trägerinnen und Trägern des Sacharow-Preises sowie mit den Finalistinnen und Finalisten und Stipendiatinnen und Stipendiaten prägen sie die Aktivitäten der Gemeinschaft des Sacharow-Preises. Außerdem werden die Mitglieder, die das Europäische Parlament in den Leitungsorganen des Europäischen Demokratiefonds vertreten, vom Sekretariat der Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen unterstützt.



► VERLEIHUNG DES SACHAROW-PREISES 2023

Gemeinschaft des Sacharow-Preises

Seit 1988 verleiht das Europäische Parlament jedes Jahr den Sacharow-Preis für geistige Freiheit und würdigt damit herausragendes Engagement für die Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die Preisträgerinnen und Preisträger werden von der Konferenz der Präsidenten aus einer Auswahlliste ausgewählt, die von den Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Entwicklungsausschusses auf der Grundlage von Nominierungen durch Fraktionen und einzelne MdEP erstellt wird.

2008 rief das Europäische Parlament die Gemeinschaft des Sacharow-Preises ins Leben, die als Forum für dauerhafte Kontakte zwischen den Mitgliedern und allen Preisträgerinnen und Preisträgern fungieren soll. Die Gemeinschaft dient auch dazu, die Initiativen der Preisträgerinnen und Preisträger zu unterstützen und die Lage derer zu überwachen, die bedroht werden oder in Gefahr schweben. Der Gemeinschaft gehören auch Finalistinnen und Finalisten und Stipendiatinnen und Stipendiaten an, und ihre Tätigkeiten werden mit der Präsidentin bzw. dem Präsidenten, der Vizepräsidentin bzw. dem Vizepräsidenten mit Zuständigkeit für die Gemeinschaft des Sacharow-Preises sowie den zuständigen Ausschüssen und Delegationen abgestimmt.

Arbeit mit der Zivilgesellschaft

Eine lebendige Zivilgesellschaft stärkt die Demokratie. Das Europäische Parlament setzt sich dafür ein, Akteure der Zivilgesellschaft zu stärken, in dem es sie in die Aktivitäten zur Demokratieförderung einbezieht und ihnen den Dialog mit Partnerparlamenten und Behörden erleichtert.

Zu den wichtigsten Instrumenten gehören das Sacharow-Stipendienprogramm, das Programm zur Stärkung von Parlamentarierinnen und das Programm „Dreieck für die Demokratie“, mit dem gegen Desinformation vorgegangen wird.

Das **Sacharow-Stipendienprogramm** bietet jährliche Schulungen für 14 Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger in Brüssel und auf dem Global Campus of Human Rights in Venedig an. Seit seiner Einrichtung im Jahr 2015 konnte mithilfe des Stipendiums eine große Gruppe von Aktivistinnen und Aktivisten aufgebaut werden, die einen Beitrag zur parlamentarischen Menschenrechtsarbeit leisten. Die Kandidatinnen und Kandidaten für das Programm werden in enger Zusammenarbeit mit den EU-Delegationen weltweit ermittelt. Die Alumni sind Teil des Programms „Stay in touch“, mit dem der Kontakt aufrechterhalten werden soll.

Mit dem **Women Empowerment Programme** (Programm zur Stärkung der Rolle der Frau) sollen Frauen in der Politik, insbesondere Parlamentarierinnen, gestärkt und inklusive Gesellschaften und demokratischer Wandel gefördert werden. Das Programm vermittelt Einblicke in das Spektrum der



► SACHAROW-STIPENDIATINNEN UND STIPENDIATEN 2024 MIT VIZEPRÄSIDENTIN HEIDI HAUTALA

Instrumente, die weibliche Parlamentsmitglieder nutzen können, um Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, sowie in Aspekte der persönlichen Entwicklung. Es umfasst Schulungsmodulare, die auf die Bedürfnisse der Begünstigten zugeschnitten sind.

Im Rahmen des **Programms „Dreieck für die Demokratie“** unterstützen die Mitglieder Partnerparlamente dabei, Gesetzgeber, die Zivilgesellschaft und Medienakteure zusammenzubringen, um Desinformation zu bekämpfen und gleichzeitig das Recht auf freie Meinungsäußerung zu schützen.

Vermittlung und dialog

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments vermitteln, erleichtern und unterstützen Dialogprozesse außerhalb der EU und tragen zur Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung bei, insbesondere in den EU-Kandidatenländern. Zu den wichtigsten Programmen gehören der **Jean-Monnet-Dialog für Frieden und Demokratie** und das **Programm für junge politische Führungskräfte**.

JEAN-MONNET-DIALOG: VERTRAUENSBIILDUNG DURCH DIALOG

Der Jean-Monnet-Dialog für Frieden und Demokratie zielt darauf ab, den Dialog und den Aufbau von Vertrauen zwischen Spitzenpolitikerinnen und -politikern in den Partnerparlamenten zu fördern. Die MdEP ermöglichen Dialogrunden, um einen Konsens herbeizuführen und eine demokratische parlamentarische Kultur zu fördern.

Dieser Ansatz, der auf der pragmatischen, ergebnisorientierten und konsensbildenden Methodik Jean Monnets beruht, bringt politische Führungskräfte abseits des medialen Rampenlichts und fernab von Brüssel und den nationalen Hauptstädten zusammen, um so ein Klima des Vertrauens und der Diskretion zu schaffen, das für einen politischen Kompromiss unerlässlich ist.

MdEP haben in der Ukraine, Serbien und Nordmazedonien vermittelt und so einen Mehrwert zu den allgemeinen Maßnahmen der EU zur Lösung von Konflikten geleistet und gleichzeitig dem Europäischen Parlament ein hohes Maß an Sichtbarkeit verliehen.



► JEAN-MONNET-DIALOG MIT DEM PARLAMENT
NORDMAZEDONIENS



► PROGRAMM FÜR JUNGE POLITISCHE FÜHRUNGSKRÄFTE

FOKUS AUF DIE JUGEND: DAS PROGRAMM FÜR JUNGE POLITISCHE FÜHRUNGSKRÄFTE

Das Programm für junge politische Führungskräfte („Young Political Leaders Programme“) fördert den Dialog und die Toleranz zwischen künftigen politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, indem es den Grundstein des Respekts in der politischen Kultur engagierter junger Menschen in Ländern außerhalb der EU legt.

Sie richtet sich an junge Akteure des Wandels, darunter Parlamentsmitglieder, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, Journalistinnen und Journalisten und Geschäftsleute. Das Programm konzentriert sich vor allem auf die Länder des westlichen Balkans, hat aber auch Kontakte zu Israel, Palästina, Armenien und Aserbaidschan geknüpft. 2024 wird das Programm auf die Ukraine ausgeweitet und könnte bereits in der laufenden Wahlperiode auf weitere Länder ausgedehnt werden.

Die MdEP ermöglichen dabei den Austausch zwischen jungen politischen Führungskräften, um Dialog, Demokratie und Toleranz zu fördern. ■

SPRACHFASSUNGEN

Diese Veröffentlichung ist in den Sprachen English (Original), Französisch, Deutsch, Italienisch, Polnisch und Spanisch verfügbar.

ÜBER DEN HERAUSGEBER

Redaktionsschluss: Mai 2024.

Verfasser der Veröffentlichung: Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen (DEG), Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union, DEG-DGEXPO@europarl.europa.eu.

<https://www.europarl.europa.eu/globaldemocracysupport/en/home/home>

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Gemäß den Urheberrechtsbestimmungen des [rechtlichen Hinweises](#) auf der Webseite des Europäischen Parlaments ist die Weiterverwendung dieses Dokuments mit Quellenangabe gestattet.

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Mitarbeiter des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll vorrangig als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen.

Die hier wiedergegebenen Auffassungen entsprechen nicht zwangsläufig dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Bildnachweisen © Europäische Union 2024 – Quelle: EP

